



Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Bundeseinheitliche Regelung des Strafvollzuges

Drucksache 16/455

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag „Bundeseinheitliche Regelung des Strafvollzuges“ (Drucksache 16/455) wird wie folgt neu gefasst:

Der Landtag von Schleswig-Holstein bittet die Landesregierung und appelliert an die Mitglieder von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, sich für die Beibehaltung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes im Bereich des Strafvollzuges und der Untersuchungshaft einzusetzen.

Thomas Stritzl
und Fraktion

Anna Schlosser-Keichel
und Fraktion